

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen
in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 21. Januar 2010

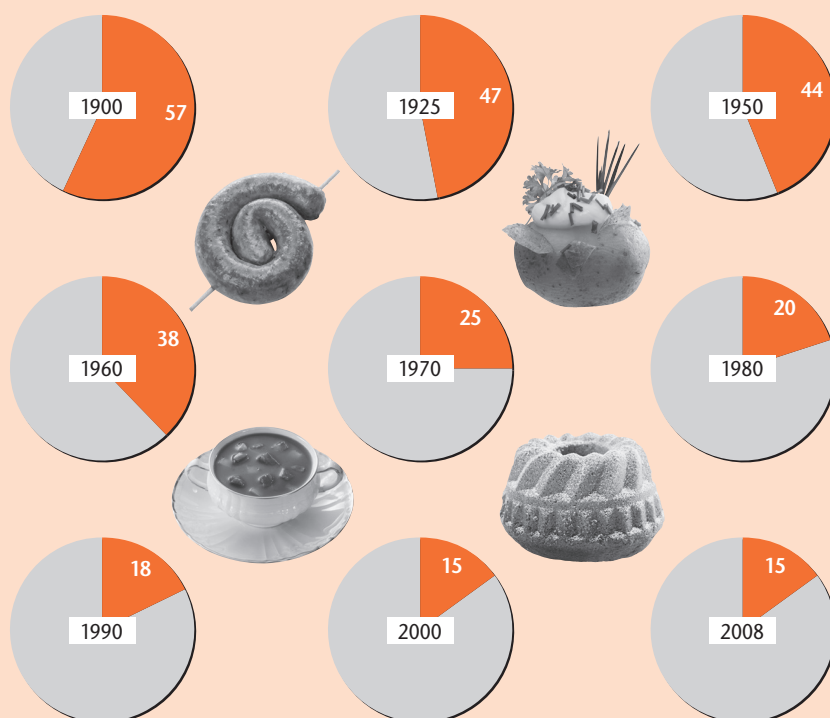
Unser billig Brot

Ein Kilo Mehl für 25 Cent, der Liter frische Vollmilch für 54 Cent, das Paket Zucker für 69 Cent: Noch nie waren Lebensmittel in Deutschland so erschwinglich wie heute. Gaben die Menschen vor rund 100 Jahren mehr als die Hälfte ihres Budgets für Nahrungsmittel und Getränke aus, so ist es heute gerade mal ein gutes Siebtel. Doch die Preisentwicklung für Brot, Reis und Speiseöl kann den Verbrauchern auch auf den Magen schlagen. Vor zwei Jahren verzeichneten landwirtschaftliche Erzeugnisse rund um den Globus einen kräftigen Preisschub. Missernten,

die wachsende Weltbevölkerung, der vermehrte Einsatz von Bioenergie sowie Spekulantenteuerungen verteuerten manche Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt so rapide, dass in einigen Entwicklungsländern das Thema Hunger wieder auf der Tagesordnung stand. Denn wer – wie etwa in Bangladesch oder Mali – bis zu 80 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel aufwenden muss, dem bereiten bereits geringe Preisschwankungen große Probleme. Mit Fragen rund um die Welternährung beschäftigt sich auch die Grüne Woche, die noch bis Sonntag in Berlin stattfindet.

Lebensmittel: Nur noch ein kleiner Haushaltsposten

So viel Prozent ihrer Konsumausgaben wendeten die Verbraucher in Deutschland für Nahrungsmittel auf



Nahrungsmittel: Lebensmittel, Getränke und Genussmittel; 1900, 1925: Deutsches Reich; 1950 bis 1990: Westdeutschland; Quellen: aid-Infodienst, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

In dieser Woche

Kinderbetreuung: Jungen und Mädchen, die in den Kindergarten gehen, erhöhen ihre Bildungschancen. Vor allem Kinder aus benachteiligten Familien profitieren vom Besuch einer Tagesstätte: je länger die Verweildauer, desto sinnvoller. Seite 2

Die Konjunktur: Drastische Preiserhöhungen brauchen die Europäer dieses Jahr wohl nicht zu fürchten – die Teuerungsrate wird fast überall deutlich unter 2 Prozent liegen. Hierzulande dürften die Preise sogar nur um 1 Prozent nach oben klettern. Seite 3

Finanzpolitik: Um die Löcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen, muss massiv gespart werden. Bei einem strikten Konsolidierungskurs bleibt dann auch Spielraum für dringend notwendige Steuersenkungen. Seite 4-5

Familienfreundlichkeit: Deutschland landet in puncto Familienfreundlichkeit in Europa auf einem Mittelplatz. Die besten Bedingungen für Eltern und ihren Nachwuchs bieten die Skandinavier, wie eine IW-Untersuchung zeigt. Seite 6-7

E-Government: Die deutschen Behörden sind vergleichsweise rückständig, wenn es um Online-Services geht: Für viele Dienste müssen Bürger und Unternehmen nach wie vor in den Amtsstuben vorstellig werden. Seite 8

Inhaltsverzeichnis 2009

Alle iwd-Themen im Jahresrückblick – ab sofort kostenlos zu beziehen über die Redaktion, Telefon: 0221 4981-523 sowie den Vertrieb, Fax: 0221 4981-445 oder als pdf-Datei unter: www.iwkoeln.de/Informationen, dort unter iwd.

Kinderbetreuung

Von der Bastelstube zur Bildungsinstitution

Der Kindergarten nützt den Kleinen nicht nur in sozialer Hinsicht: Kinder, die für einen längeren Zeitraum eine Tageseinrichtung besuchen, erhöhen auch ihre Bildungschancen. Doch gerade der benachteiligte Nachwuchs bleibt den Betreuungsstätten oftmals fern.

Ob École Maternelle oder Preschool: In den europäischen Nachbarländern gehen auch schon die kleinen Kinder selbstverständlich zur „Schule“. In Deutschland hingegen setzt sich erst langsam die Erkenntnis durch, dass eine altersgerechte Förderung und Betreuung in Krippe, Kindergarten oder Kindertagesstätte mehr sein sollte als ein Hort mit optionalen Mal- und Bastelangeboten.

Doch wie immer man die Einrichtungen für die unter Sechsjährigen auch nennt – Bildungsforscher, Politiker und auch zunehmend mehr Eltern sind sich einig darin, dass der Besuch eines Kindergartens in der Regel die Entwicklung der Kleinen fördert. So haben Wissenschaftler herausgefunden, dass Jungen und Mädchen, die vor der Schule für einen längeren Zeitraum einen Kindergarten besucht haben, eher der Übergang auf ein Gymnasium oder eine Realschule gelingt als einem Nicht-Kindergartenkind. Studien aus dem Ausland zeigen überdies, dass der Nachwuchs mit Kita-Erfahrung später bessere kognitive Leistungen erbringt und seltener eine Klasse wiederholt.

Die Fachleute kamen darüber hinaus aber auch zu einer weiteren Erkenntnis:

Je geringer das Bildungsniveau der Eltern, desto sinnvoller ist es, dass der Nachwuchs vergleichsweise lange in eine Kindertageseinrichtung geht.

Die Bildungsforschung zeigt, dass Grundschüler, deren Mütter nur über geringe Bildungsqualifikationen verfügten, ihre Chancen auf einen Wechsel an eine Realschule oder ein Gymnasium deut-

lich erhöhten, wenn sie bereits als relativ kleines Kind im Alter von drei oder vier Jahren in einen Kindergarten gegangen waren. Bei den Kindern höher qualifizierter Mütter hingegen spielt das Kindergarten-Eintrittsalter keine Rolle für den weiteren Bildungsweg. Für diese Sprösslinge ist lediglich relevant, ob sie überhaupt einmal eine Kita besucht haben oder nicht.

Dass die intellektuelle und emotionale Förderung der Kleinen zu den Kernaufgaben des Kindergartens gehört, lässt sich aus den Bildungsplänen für Kindertageseinrichtungen ablesen. Seit 2003 sind diese Anforderungskataloge in den einzelnen Bundesländern sukzessive in Kraft getreten. Die Pläne listen detailliert auf, welche Kompetenzen und Fähigkeiten die Kinder bis zur Einschulung idealerweise in einer Einrichtung erwerben: Sie sollen soziales Verhalten lernen, Verantwortung übernehmen, sich täglich viel bewegen und gesund ernähren, Teamgeist entwickeln, Regeln verstehen und einhalten, ein grundlegendes Zahlen- und Mengenverständnis entwickeln, Techniken

der Zahn- und Mundpflege erwerben und noch viel mehr.

All das wünschen sich sicher auch die meisten Eltern. Doch oft dürften es auch ganz profane Beweggründe sein, die Väter und Mütter veranlassen, ihr Kind in einer Kita anzumelden: das Bestreben, dass der Sprössling regelmäßigen Umgang mit Gleichaltrigen hat. Und natürlich ermöglicht der Kindergartenbesuch auch den Eltern – meist den Müttern – etwas: nämlich einer Arbeit jenseits der häuslichen Umgebung nachzugehen, vorausgesetzt, es sind keine jüngeren Geschwister zu versorgen.

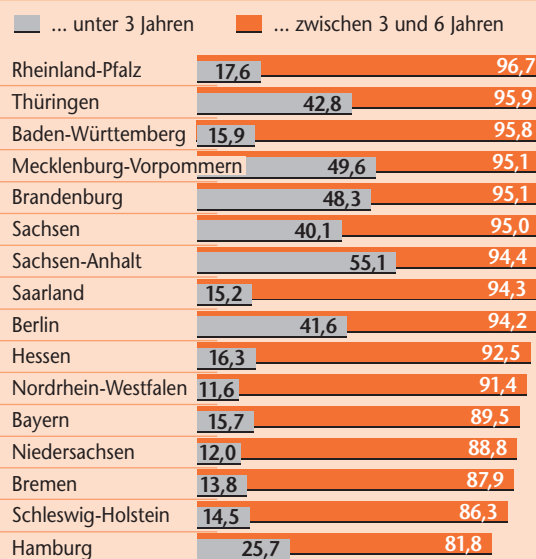
Die Statistik zeigt allerdings, dass längst nicht alle Kinder in Deutschland im Vorschulalter in eine Betreuungseinrichtung gehen (Grafik):

Im Jahr 2009 wurde gut ein Fünftel der unter Dreijährigen in Kitas oder von Tagesmüttern betreut. Von den Drei- bis Sechsjährigen besuchten hingegen rund 90 Prozent einen Kindergarten oder eine Tagesstätte.

Die Gründe, warum nicht alle Kinder eine Einrichtung besuchen, sind vielfältig: Vor allem in den Krippen reichen die Kapazitäten oft einfach nicht aus, um mehr Steppkes aufzunehmen. Doch auch die Herkunft der Kinder ist häufig entscheidend: Mit zunehmendem Einkommen und Bildungsniveau der Eltern steigt auch die Kindergartenbesuchsrates. Untere Einkommensgruppen können sich die Kita oft schlicht nicht leisten. Manche Bundesländer haben zwar die Gebühren nach dem Einkommen gestaffelt, was bei ärmeren Familien zu einer Gebührenfreiheit führen kann; aber dieses Verfahren wird eben längst nicht bundesweit praktiziert. Sinnvoll wären auch Erinnerungsschreiben an die Eltern mit einem konkreten Platzangebot: Auch dies könnte dafür sorgen, dass mehr benachteiligte Jungen und Mädchen in den Genuss einer frühkindlichen Förderung kommen.

Kinderbetreuung: Ab drei dabei

So viel Prozent der Kinder ... besuchten in Deutschland 2009 eine Krippe, eine Tagesmutter oder einen Kindergarten



Hamburg: zuzüglich weiterer 8,1 Prozent Kinder im Alter von 5 und 6 Jahren, die eine vorschulische Einrichtung besuchten; Stand: März 2009; Quelle: Statistisches Bundesamt

Preise & Kosten: Ruhiges Jahr

Trotz wieder anziehender Rohstoffpreise wird die Teuerungsrate in den großen europäischen Volkswirtschaften in diesem Jahr deutlich weniger als 2 Prozent betragen. Deutschland liegt mit 1,0 Prozent am unteren Ende des Prognosespektrums.

Die Verbraucherpreise sind hierzulande 2009 nur um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Das war die niedrigste Inflationsrate seit der Wiedervereinigung. Nur im Jahr 1999 hatte die Teuerung mit 0,6 Prozent ebenfalls unter 1 Prozent gelegen. Dass die Preise zuletzt nahezu stabil blieben, ist zum einen auf die im Zuge der Rezession gesunkene Güternachfrage zurückzuführen, die die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen eng begrenzt hat. Zum anderen sind die Rohstoffpreise eingebrochen. Im Jahresschnitt 2009 lag z.B. der Ölpreis bei gut 60 Dollar je Barrel – 2008 waren es dagegen fast 100 Dollar. Folglich wurden Kraftstoffe und Heizöl für die Konsumenten billiger.

In jüngster Zeit haben die Rohstoffpreise zwar wieder deutlich angezogen. In der ersten Januarhälfte kostete das Barrel Rohöl etwa 80 Dollar – fast doppelt so viel wie im Januar 2009. Dennoch dürften auch 2010 in großen Teilen der EU keine teuren Zeiten anbrechen – die nach wie vor schwache Konjunktur gibt größeren Preissteigerungen keine Chance. Folglich wird eine Teuerungsrate von 2 Prozent, ab der die Europäische Zentralbank von Inflation spricht, wohl nirgendwo erreicht. Für die großen Euroländer liegen die Prognosen zwischen 1,0 und 1,6 Prozent. In Frankreich etwa werden sich die Verbraucherpreise um 1,2 Prozent erhöhen, in Deutschland sogar nur um 1,0 Prozent.

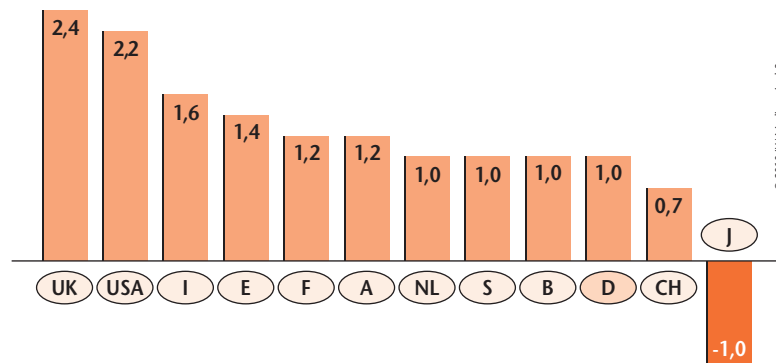
Eine deutlich stärkere Teuerung wird für die USA mit 2,2 Prozent und für Großbritannien mit 2,4 Prozent erwartet. Ganz anders sieht es in Japan aus: Dort verbilligt sich der durchschnittliche Warenkorb erneut – und zwar um 1 Prozent.



Die Konjunktur

Inflation: Kaum Anlass zur Sorge

Erwartete Veränderung der Verbraucherpreise im Jahr 2010 gegenüber Vorjahr in Prozent

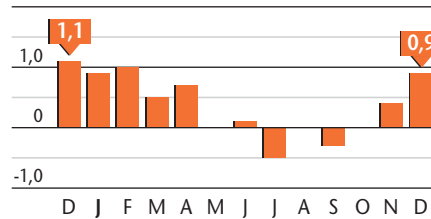


Prognosestand: Januar 2010
Quelle: Consensus Forecasts

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Verbraucherpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
Dezember 2008 – Dezember 2009



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
	2,3	2,6	0,4

Dezember 2009 Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent

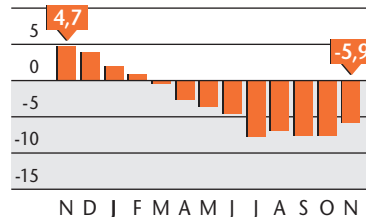
Verkehr	4,1
Alkohol, Tabak	3,6
Bekleidung, Schuhe	2,4
Hotel, Gastronomie	1,9
Haushaltsgegenstände	1,3
Gesundheitspflege	0,8
Freizeit	0,6
Mieten, Energie	-0,2
Bildung	-1,1
Nachrichtenübermittlung	-1,8
Nahrungsmittel	-2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Erzeugerpreise

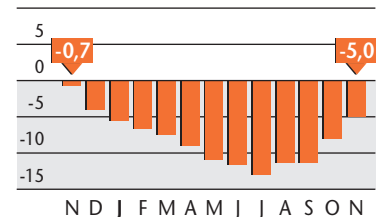
Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
November 2008 – November 2009



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2006	2007	2008
	5,4	1,3	5,5

Importpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
November 2008 – November 2009



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2006	2007	2008
	4,4	0,7	4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Finanzpolitik

Die Zeit drängt

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den öffentlichen Haushalten zu massiven Defiziten geführt. Die Bundesregierung, aber auch Länder und Gemeinden stehen nun vor der Aufgabe, Einnahmen und Ausgaben ins Lot zu bringen, zumal ab 2011 die Verschuldung durch die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse begrenzt wird. Gleichwohl bleibt Spielraum für Reparaturen am Steuersystem, sofern der Staat in den kommenden zehn Jahren Ernst macht mit der Durchforstung der öffentlichen Ausgaben.

Die Bilanzen der öffentlichen Haushalte kennen derzeit nur eine Farbe: tiefrot. Dabei rutscht der Bund am stärksten ins Minus. Nach dem letzten Haushaltsentwurf wird er sein Defizit 2010 um fast 50 Milliarden Euro auf 86 Milliarden Euro Miese steigern; das wären fast 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Grafik). Hinzu kommen die Fehlbeträge der Länder und Gemeinden, die sich 2010 auf insgesamt 46 Milliarden Euro summieren.

Insgesamt entspricht das Defizit der Gebietskörperschaften in diesem Jahr 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – ein historischer Rekord.

Ab 2011 ist eine allmähliche Besserung angesagt. Bis 2013 soll sich z.B. das Haushaltsloch des Bundes auf gut 50 Milliarden Euro verkleinern. Alle Gebietskörperschaften zusammen werden dann aber immer noch neue Schulden in Höhe von 78 Milliarden Euro anhäufen.

Dass Bund, Länder und Gemeinden weiter einen Teil ihrer Haushalte auf Pump finanzieren müssen, hängt nicht zuletzt mit den steigenden Zinsausgaben für die in der Krise zusätzlich aufgenommenen Gelder zusammen – ein Teufelskreis:

Die 2009 und 2010 aufgebaute Neuverschuldung führt dazu, dass allein

die Zinsausgaben des Bundes 2013 rund 12,5 Milliarden höher sein werden als heute.

Die übrigen Ausgaben, auch Primärausgaben genannt, gehen nach den bisherigen Plänen dagegen zurück – von heute 287 Milliarden Euro auf dann 262,5 Milliarden Euro.

Die im Finanzplan veranschlagten Fehlbeträge sind dem Bund als Höchstgrenze vorgegeben. Denn im Jahr 2009 hat die Große Koalition eine Schuldenbremse für Bund und Länder in der Verfassung verankert. Danach darf das strukturelle Defizit (Kasten) des Bundes 2011 nur noch 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Anschließend sind jedes Jahr 0,2 bzw. 0,25 Prozentpunkte weniger zulässig, bis 2016 exakt 0,35 Prozent erreicht werden. Dies bedeutet, dass zwischen 2011 und 2016 jeweils 3 bis 9 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr konsolidiert werden müssen (Grafik Seite 5). Erst ab 2017 eröffnen sich dem Bund dann finanzpolitische Spielräume.

Das heißt im Umkehrschluss auch: Will der Bund schon vorher Steuern senken, muss er bei der Rückführung der Verschuldung ein höheres Tempo vorlegen.

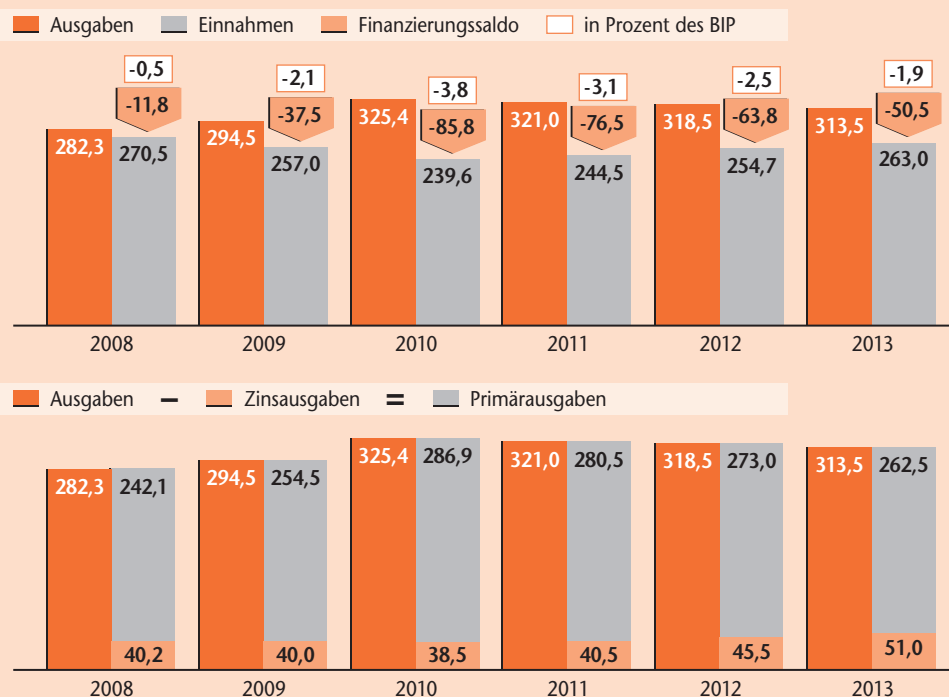
Der Haushalt kann theoretisch auf drei Wegen konsolidiert werden: über Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen oder ein höheres Wirtschaftswachstum. Wobei Letzteres für den Finanzminister am attraktivsten wäre. Denn mit einem stärkeren Wachstum nimmt die Bundesregierung mehr Steuern ein und sie muss weniger für soziale Leistungen bezahlen.

Nach einer Faustformel bringt ein Prozentpunkt Wirtschaftswachstum gut 5 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen.

Steuer- und Abgabenerhöhungen dagegen sind Wählern

Haushaltskonsolidierung: Wenig Spielraum für den Bund

Finanzplan des Bundes in Milliarden Euro



2008: Ist-Zahlen; 2009: Prognose vom Dezember
 Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

nur schwer zu vermitteln. Außerdem sind sie Gift für das Wirtschaftswachstum. Zwar bekommt der Staat kurzfristig mehr Geld; er schwächt aber mittel- bis langfristig die Basis für weitere Einnahmezunächse.

Wenn beispielsweise die Unternehmenssteuern steigen, wird sich die eine oder andere Firma überlegen, ob sie ihren Sitz nicht ins Ausland verlegt. Höhere Abgaben, die sich in höheren Arbeitskosten niederschlagen, haben den gleichen Effekt.

Außerdem waren Konsolidierungen, die über Steueranhebungen angegangen wurden, in der Vergangenheit fast immer erfolglos. Denn zu dem damit verbundenen niedrigeren Wirtschaftswachstum kam meist noch ein höherer Ausgabendruck hinzu:

Bei niedrigeren Wachstumsraten gibt es in der Regel mehr Arbeitslose, was mehr Sozialausgaben bedeutet.

Andererseits können Steuersenkungen – das belegen empirische Studien – das Wirtschaftswachstum nachhaltig stimulieren. Kurzfristigen Mindereinnahmen stehen also langfristige Mehreinnahmen gegenüber.

Die dritte Alternative, Ausgabenkürzungen, werden immer auf die Ablehnung der Betroffenen stoßen – sie kosten Wählerstimmen. Trotzdem muss die Konsolidierung auf diesem Weg erfolgen, denn so sind die Erfolgchancen am größten.

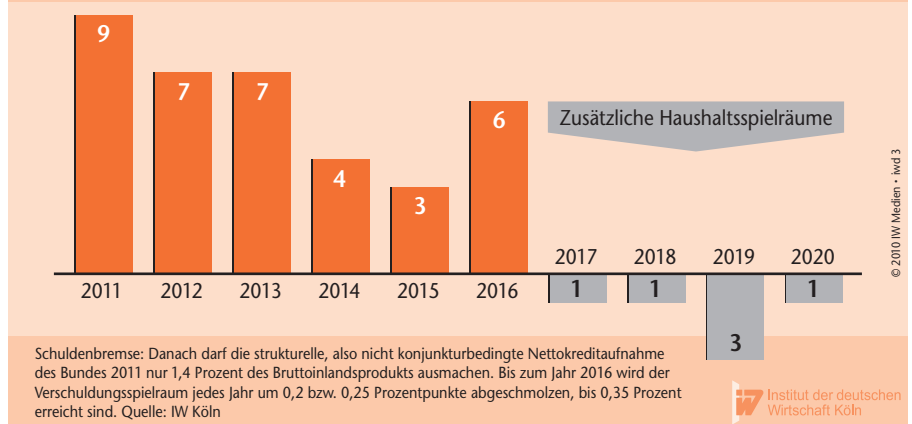
Dabei sollten die Kürzungen so umfangreich ausfallen, dass sie möglichst noch Spielraum für wachstumsfördernde Steuersenkungen lassen. Denn je höher das Wirtschaftswachstum, desto geringer wird der Konsolidierungsdruck in den Folgejahren sein.

Strukturelles Defizit

Unter dem strukturellen Defizit versteht man jenen Teil des Staatsdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist. Indem dieses begrenzt wird, sorgt man dafür, dass neue Ausgaben nur dann erfolgen, wenn an anderer Stelle gekürzt wird. Konjunkturelle Defizite, also Mehrausgaben aufgrund einer schlechten wirtschaftlichen Situation, sind dagegen erlaubt, weil davon ausgegangen wird, dass sie in Boomzeiten wieder ausgeglichen werden.

Haushaltskonsolidierung: Harte Arbeit für den Finanzminister

So viele Milliarden Euro muss der Bund gegenüber dem Vorjahr einsparen, um die Schuldenbremse einzuhalten



Exemplarisch macht das IW drei Sparvorschläge, die alle gesellschaftlichen Gruppen betreffen:

1. Subventionen. Der 22. Subventionsbericht der Bundesregierung weist eine Gesamtsumme von mehr als 58 Milliarden Euro aus. Eine lineare Kürzung um 10 Prozent jährlich würde über drei Jahre hinweg Einsparungen von insgesamt knapp 15 Milliarden Euro bringen. Ebenso könnte die gerade beschlossene ermäßigte Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen wieder abgeschafft werden, wodurch eine weitere Milliarde Euro pro Jahr konsolidiert würde.

2. Personalausgaben. Angesichts der Arbeitsplatzsicherheit, die der öffentliche Sektor bietet, wären auch Sparrunden im Öffentlichen Dienst und bei den Beamten vertretbar.

Mit jedem Prozentpunkt, um den der Öffentliche Dienst bei den Tarifverhandlungen niedriger abschließt, spart der Staat knapp 2 Milliarden Euro jährlich.

3. Sozialversicherungen. Bei der Bundesagentur für Arbeit können Mittel für die Arbeitsmarktförderung eingespart werden, denn die Wirkungen der Programme sind mitunter zweifelhaft. Eine Kürzung um 10 Prozent wie bei den Subventionen würde Einsparungen von 1 Milliarde Euro bringen, ohne die Kurzarbeit anzutasten. Darüber hinaus bestehen Einsparpotenziale in Milliardenhöhe bei den vom Bund finanzierten 1-Euro-Jobs und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ALG-II-Empfänger.

Wenn der Staat in den kommenden zehn Jahren tatsächlich Ernst macht mit der Durchforstung der öffentlichen Ausgaben, dann steht im Gegenzug durchaus Geld bereit, mit dem immerhin Ungerechtigkeiten im Steuersystem beseitigt werden könnten. Zwei Beispiele:

1. Einkommensbesteuerung. Zunächst sollte die kalte Progression beseitigt werden – die Bürger müssen real immer mehr Steuern bezahlen, obwohl sie real nicht mehr verdienen (vgl. iwd 31/2008). Fielen diese heimlichen Steuererhöhungen ab dem Jahr 2011 weg, würde der Staat die Kaufkraft der Bürger schon im ersten Jahr um 1,7 Milliarden Euro steigern.

Die Abschaffung des Mittelstandsbauabs im Einkommenssteuertarif – also der steile Anstieg des Tarifs bei kleinen und mittleren Einkommen – ist ebenfalls wünschenswert, aber mit Steuerausfällen von 24 Milliarden Euro verbunden (vgl. iwd 4/2009). Daher sollte die Umsetzung schrittweise erfolgen, z.B. in drei Stufen im Abstand von zwei Jahren.

2. Unternehmensbesteuerung. Mieten, Zinsen und Pachten – also Betriebsausgaben – werden bei den Unternehmen teilweise als Erträge bewertet. Das verschärft für Krisenfirmen in Zeiten der Kreditklemme die Probleme. Nachgebessert werden muss auch bei der Erbschaftsteuer. Ein steuerfreier Unternehmensübergang ist derzeit nur dann möglich, wenn die Lohnsumme sechs Jahre gleich bleibt. In schlechten Zeiten ist das kaum durchzuhalten.

Newsletter I: IW Medien



Der iwd mit seinen Beilagen „Argumente zu Unternehmensfragen“ sowie „Wirtschaft und Unterricht“ erscheint in der Verlagstochter des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH. Doch nicht nur die Infodienste werden hier produziert; die IW Medien veröffentlichen sämtliche Publikationen des Instituts. Außerdem bieten die IW Medien professionelle Agenturdienstleistungen und verlegen die Wirtschaftszeitung AKTIV. Wer über diese Aktivitäten auf dem Laufenden sein will, kann sich per E-Mail informieren lassen: Vierteljährlich berichtet der IW-Medien-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Geschäft des Medienhauses; ungefähr alle vier Wochen informiert der Bookshop-Letter zusätzlich über die Neuerscheinungen.

Anmeldungen zu beiden Infobriefen über: www.iwmedien.de

Newsletter II: REHADAT-talentplus

Das IW-Projekt REHADAT veröffentlicht auf seinem Internetportal REHADAT-talentplus seit Dezember ebenfalls vierteljährlich einen Infobrief. Dieser richtet sich an Arbeitgeber und behandelt jeweils ein Schwerpunktthema. In der ersten Ausgabe geht es um den Arbeitgeberbeauftragten. Dass dessen Ernennung Pflicht ist, wenn mindestens ein Mitarbeiter mit Behinderung im Betrieb arbeitet, wissen viele Unternehmen nicht. Der Infobrief ist kostenlos erhältlich durch Anmeldung bei www.talentplus.de/infobrief.

Das Portal REHADAT-talentplus gibt Arbeitgebern und Arbeitnehmern Praxis-Tipps zum Thema Arbeitsleben und Behinderung. Es informiert die Unternehmen über ihre Rechte und Pflichten bei der Neueinstellung behinderter Mitarbeiter, weist auf Fördermöglichkeiten hin und nennt die richtigen Ansprechpartner.

Auch hinsichtlich bestehender Beschäftigungsverhältnisse werden Arbeitgeber umfassend und praxisnah informiert – etwa zu der Frage „Was, wenn der Mitarbeiter lange krank ist beziehungsweise wenn eine Behinderung eingetreten ist?“. Ein umfassendes Fachlexikon rundet das Angebot ab.

Weitere Informationen:
Andrea Kurtenacker
Telefon: 0221 4981-848
E-Mail: kurtenacker@iwkoeln.de
www.talentplus.de

Familienfreundlichkeit Deutschland mittelprächtigt

In Sachen Familienpolitik macht den Skandinavieren keiner so schnell etwas vor: Die nordischen Länder liegen im Familienfreundlichkeitsindex des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) an der Spitze – das heißt, sie haben Ziele wie ein hohes Bildungsniveau der Kinder bereits weitestgehend erreicht. Deutschland belegt in dem 19-Länder-Ranking einen Mittelfeldplatz.*)

Ohne Kinder keine Zukunft – dies gilt es in der Familienpolitik immer zu bedenken. Doch hohe Geburtenraten allein nutzen wenig, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. So sollte die Politik auch eine hohe Frauenerwerbstätigenquote im Blick haben, Familienarmut verhindern und eine Gleichstellung von Mann und Frau fördern sowie dem Nachwuchs beste Bildungschancen ermöglichen. Wie 19 europäische Staaten in diesen Bereichen abschneiden, hat das IW mittels eines Familienfreundlichkeitsindex unter die Lupe genommen (Grafik Seite 7):

Bildung. Relativ gut sieht es in Deutschland beim Thema Bildungsniveau aus. In Tests wie PISA und IGLU erreichen die Schüler hierzulande im Vergleich der betrachteten 19 europäischen Staaten überdurchschnittliche Ergebnisse. So kam Deutschland bei den PISA-Ergebnissen in Naturwissenschaften im Jahr 2006 mit 516 Punkten ins obere Mittelfeld. Finnland lag mit 563 Punkten an der Spitze – das Schlusslicht war Griechenland mit nur 473 Zählern.

Bedenklich ist allerdings, dass der Anteil an Jugendlichen mit geringen Kompetenzen hierzulande groß und der Zusammenhang zwischen familiärer Herkunft und Bildungserfolg immer noch hoch ist:

So ließen sich im PISA-Test 2006 fast 16 Prozent der Unterschiede zwischen den Bildungsniveaus des Nachwuchses mit der sozialen Situation der Elternhäuser erklären.

In Italien etwa trifft dies lediglich auf 7,5 Prozent zu. Immerhin hat sich die Bundesrepublik zuletzt verbessert: Im Jahr 2000 gingen zum Beispiel noch knapp 24 Prozent der Lese-Unterschiede auf das Konto der sozialen Herkunft.

Familienarmut. Eine weitere Stärke Deutschlands liegt in der Vermeidung von Familienarmut.

Nur rund 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten im Jahr 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung.

Kommen noch Geschwister hinzu, wird es kritischer: In Haushalten mit mehr als zwei Kindern sind hierzulande 12 Prozent der Jungen und Mädchen von Armut bedroht. Besser ist wieder einmal der Norden: In Dänemark leben nur 4 Prozent der Einzelkinder in armen Haushalten, bei Familien mit mehreren Sprösslingen ist der niedrigste Wert in Norwegen zu finden – hier haben die Eltern von lediglich 8 Prozent der Kinder zu knapsen. Ganz anders sieht es im Süden Europas aus: Ein Fünftel der Einzelkindfamilien lebt in Griechenland in Armut. Bei Mehrkindfamilien kommt Portugal auf traurige 43 Prozent.

Geburtenrate. Mit rechnerisch 1,38 Kindern pro Frau liegt Deutschland im europäischen Vergleich weit abgeschlagen hinter dem Spitzenreiter Frankreich mit zwei Kindern pro Frau. Auch das Alter der Mütter bei der ersten Geburt ist in Deutschland relativ hoch – im Jahr 2005 waren die Erstgebärenden durchschnittlich 29,1 Jahre alt. Anfang des Jahrzehnts betrug der Altersschnitt noch 28,2 Jahre.

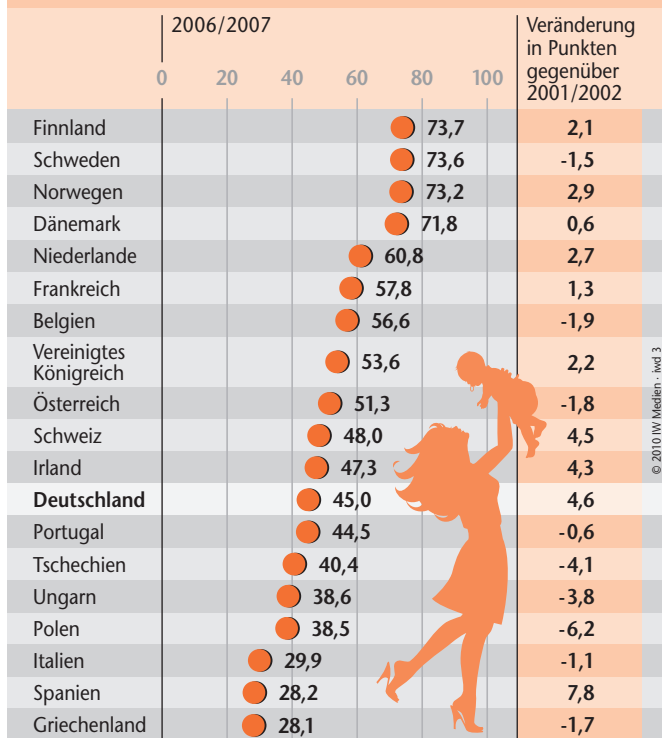
Frauenerwerbstätigkeit und Gleichstellung. Immer mehr Frauen gehen in Deutschland einem Job nach. So erreichte beispielsweise die Erwerbstätigenquote von hochqualifizierten Frauen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren im Jahr 2007

*) Vgl. Laura-Christin Diekmann/Axel Plünnecke: Familienfreundlichkeitsindex – Deutsche Familienpolitik im europäischen Vergleich, IW-Analysen Nr. 56, Köln 2009, 106 Seiten, 21,90 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.iwmedien.de

Familienfreundlichkeit: Ambitioniertes Skandinavien

Eine familienfreundliche Politik strebt nach hohen Geburtenraten, hoher Frauenbeschäftigung, einem hohen Bildungsstand der Kinder, geringer Familienarmut und der Gleichstellung von Mann und Frau. Insgesamt wurden dafür im IW-Familienfreundlichkeitsindex 32 Indikatoren ausgewertet und mit einer Punktzahl zwischen 0 (schlechtestes Land) und 100 (bestes Land) bewertet.

So viele Punkte von 100 möglichen erreichten diese Länder im IW-Familienfreundlichkeitsindex beim Thema „Ziele“



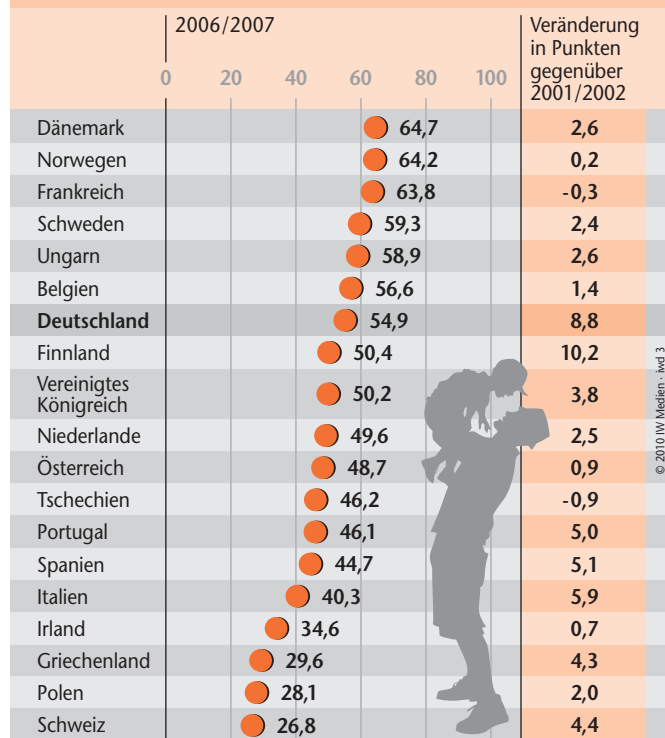
Quelle: IW-Berechnungen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Familienfreundlichkeit: Deutschland verbessert Rahmenbedingungen

Wie gut in einem Land die Rahmenbedingungen für Familien sind, zeigen die Kategorien Geld (z.B. Kindergeld, Steuererleichterungen), Zeit (z.B. Elternzeitregelungen) und Infrastruktur (Kinderbetreuung). Insgesamt wurden dafür im IW-Familienfreundlichkeitsindex 15 Indikatoren ausgewertet und mit einer Punktzahl zwischen 0 (schlechtestes Land) und 100 (bestes Land) bewertet.

So viele Punkte von 100 möglichen erreichten diese Länder im IW-Familienfreundlichkeitsindex beim Thema „Rahmenbedingungen“



Quelle: IW-Berechnungen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

knapp 81 Prozent. Fünf Jahre zuvor waren es erst 78 Prozent. Auch mittel- und geringqualifizierte Frauen haben mittlerweile bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Von einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit profitiert letztlich auch der Staat: Arbeitnehmerinnen, die z.B. über ihren Ehemann in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert waren, zahlen nun selbst in den Topf mit ein.

Allerdings stagniert seit ein paar Jahren der Aufholprozess der weiblichen Beschäftigten beim Thema Lohnabstand. Frauen verdienen im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Die Politik kann auf all diesen Gebieten viel tun: mit finanzieller Förderung wie Kindergeld und Steuererleichterungen, besseren Betreuungsangeboten für den Nachwuchs sowie mit Regelungen, die Eltern mehr Zeit mit den Kindern ermöglichen – zum Beispiel die Elternzeit.

Vor allem Dänemark, Norwegen und Frankreich punkten mit einer gut ausgebauten Betreuungs-Infrastruktur (Grafik). Schwerer haben es dagegen Eltern in Griechenland, Polen und der Schweiz. Die Bewertung der deutschen Politik fällt im Einzelnen wie folgt aus:

Geld. Wenn es um die finanzielle Unterstützung für Familien geht, ist die Bundesrepublik relativ spendabel, besonders in Sachen Steuervergünstigungen: Sie machten im Jahr 2005 etwa 0,9 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus – ein Spitzenwert in Europa. Auch das Kindergeld ist gemessen am mittleren Verdienst eines Arbeitnehmers überdurchschnittlich hoch.

Infrastruktur. Krippen, Kitas und andere Betreuungsangebote für Kinder sind in Deutschland heiß begehrt – aber es gibt nicht genug Plätze. So werden hierzulande gut 21 Prozent der unter

Dreijährigen betreut – in Dänemark sind es über 70 Prozent.

Zeit. Zwar gibt es mittlerweile eine attraktive Elternzeit, dank derer auch Väter einen Anreiz haben, mit ihrem Nachwuchs zusammen zu sein – doch generell gibt es mit dem Faktor „Zeit“ ein Problem: Die meisten Eltern haben davon zu wenig, vor allem dann, wenn sie neben Windelwechseln auch noch an ihrer Karriere basteln:

Akademiker in Deutschland steigen nach der Regelstudienzeit erst mit 25 Jahren voll in den Job ein – in Spanien und England dagegen bereits mit Anfang 20.

Trotz des Nachholbedarfs in einigen Bereichen kann Deutschland insgesamt eine positive Bilanz ziehen: Es hat sich innerhalb von fünf Jahren am zweitstärksten von den 19 untersuchten Ländern verbessert.

E-Government

www.behorde-noch-offline.de

Die Steuererklärung online übermitteln oder das Wunschkennzeichen im Netz aussuchen – das und mehr sind die Vorzüge des E-Government. Mittlerweile sind sieben von zehn Behördendienstleistungen in den Ländern der Europäischen Union sowie in Island, Norwegen, Kroatien und in der Schweiz online verfügbar. Das ergab eine Studie der Beratungsfirma Capgemini im Auftrag der Europäischen Kommission.

E-Government bedeutet regieren und verwalten mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien. Das Ganze funktioniert wie ein Online-Shop – mit dem Unterschied, dass auf der einen Seite keine Firma, sondern ein Amt und auf der anderen Seite ein Bürger oder ein Unternehmen anstelle eines Kunden steht. Seit der letzten Studie 2007 sind in den Ländern Europas immer mehr Behördendienste im Netz verfügbar (Grafik). Damals waren es noch 59 Prozent – das bedeutet einen Zuwachs von 12 Prozentpunkten.

Für die Studie wurden 20 Serviceangebote, zum Beispiel im Bereich des Meldewesens, anhand von 14.000 Internetseiten der Behörden in 31 europäischen Staaten überprüft. Im Ranking ganz vorne liegen Österreich, Malta, Portugal und Großbritannien – in diesen Ländern sind Amtsdienste komplett digital durchführ-

bar. Es reicht beispielsweise nicht, wenn der erste Schritt einer Anmeldung online erfolgt, für den weiteren Ablauf jedoch ein Telefonat geführt werden muss.

Deutschland liegt mit 74 Prozent in der Rangliste auf Platz 15 von 31 Ländern und hat sich damit verschlechtert – 2007 standen die deutschen Amtsstuben in Sachen Online-Service noch auf Platz sieben.

Gemessen wurde außerdem der Grad der Online-Verfügbarkeit. Dabei wird überprüft, inwiefern die vorhandenen Angebote im Internet für den Nutzer zugänglich sind. Im Jahr 2009 konnte EU-weit ein Wert von 83 Prozent ermittelt werden – 2007 waren es noch 76 Prozent. Allen voran liegen Malta, Polen und Schweden. Deutschland erreicht mit 89 Prozent nur Platz 12 von 31. User können zwar Dienste im Netz abrufen, finden diese oft jedoch nicht auf den Internetseiten der Behörden. Hinsichtlich der Bedienungsqualität besteht also deutlich Verbesserungsbedarf.

Im Vorteil beim E-Government sind kleinere, zentralisierte Staaten, in denen Initiativen zur elektronischen Verwaltung schneller durchgesetzt werden können. Deutschland schneidet in der Studie schlechter ab als manch ein Nachbar. Als Grund wird häufig die föderalistische Struktur vorgeschoben. Die eigentlichen Ursachen des Übels scheinen aber struktureller Natur zu sein, denn deutsche Behörden tun sich schwer damit, Daten auszutauschen; die Ämter arbeiten nicht zusammen und die Arbeit der Behörden ist nicht transparent genug. Dabei könnten mittels E-Government Kosten gesenkt werden. Auch bei der Entscheidung, wo

E-Government: Deutschland hat Nachholbedarf

So viel Prozent der 20 untersuchten Serviceangebote staatlicher Behörden waren vollständig online umgesetzt

	2007	2009
Österreich	100	100
Malta	95	100
Portugal	90	100
Vereinigtes Königreich	89	100
Schweden	75	95
Slowenien	90	95
Estland	70	90
Finnland	67	89
Dänemark	63	84
Irland	50	83
Frankreich	70	80
Norwegen	78	80
Spanien	70	80
Niederlande	63	79
Deutschland	74	74

Serviceangebote: zum Beispiel Steuern, Meldewesen
Quelle: Capgemini

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 3

ein Unternehmen sich niederlässt, spielen zügige Genehmigungsabläufe eine wichtige Rolle – Firmen wählen eher eine Region, in der diese Vorgänge nicht Wochen oder Monate brauchen.

E-Government in Deutschland

Beispiele für Online-Dienste der öffentlichen Hand:

bund.de – Verwaltung online: Zentraler Zugang zu den elektronischen Leistungen und Informationsangeboten der Verwaltung im Internet, <http://www.bund.de>

PRTR: Emissionen von Industriebetrieben aus der Nachbarschaft können anhand einer Karte überprüft werden, <http://www.prtr.bund.de>

ELSTER: Steuererklärung online, <http://www.elster.de>

Bildarchiv des Bundesarchivs: Circa 11 Millionen Bilder zur deutschen Geschichte, <http://www.bild.bundesarchiv.de>

Für Adressaufkleber